Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 25 (1933)

Heft: 7

Artikel: Faschismus in der Schweiz?

Autor: Weber, Max

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352639

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewerkschaftsbund sind Angehörige aller Parteien und Konfessionen angeschlossen. In seinen Organisationen ist die konfessionelle Neutralität garantiert. Auch politisch ist der Gewerkschaftsbund unabhängig; er wird jedoch auch in Zukunft zur Verfolgung seiner Ziele mit denjenigen wirtschaftlichen und politischen Organisationen zusammen arbeiten, die die gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen.

Faschismus in der Schweiz?

Von Max Weber.

Im letzten Heft der « Gewerkschaftlichen Rundschau » habe ich versucht, die wichtigsten Ursachen der faschistischen Welle anzuführen, die allgemeinen Ursachen wie auch die besondern Faktoren, die in Italien und Deutschland die Entwicklung massgebend beeinflusst haben. Im Anschluss daran sollen nun auch die Lage in der Schweiz und die hier vorhandenen Ansätze zu einer faschistischen oder doch reaktionären Bewegung untersucht werden.

Die Schweiz befindet sich zweifellos in bedeutend günstigern Verhältnissen als der südliche und nördliche Nachbar. Gegenüber Italien besteht der wichtige Unterschied: Die schweizerische Wirtschaft ist bereits hoch entwickelt; sie hat von einer faschistischen Regierung keine Förderung, sondern eher Hemmungen zu erwarten, ganz besonders wenn die mittelständischen Tendenzen auf wirtschaftlichem Gebiet einen konkreten Niederschlag finden sollten. Gegenüber Deutschland sind die Vorteile: Die Schweiz hat keinen verlorenen Krieg hinter sich; sie hat die Inflation nicht mitgemacht; sie hat bis jetzt keine so scharfe Krise (die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Bevölkerung ist in Deutschland etwa sechs- bis achtmal grösser); sie hat die Sozialpolitik, vor allem die Arbeitslosenhilfe, aufrechterhalten und damit keine solche Verelendung der breiten Massen erlebt wie Deutschland. Mit andern Worten: die unmittelbaren, wirtschaftlichen Faktoren, welche in Deutschland die Massen der Arbeitslosen und des Mittelstandes in die Arme der Nationalsozialisten trieben, sind in unserm Lande nicht vorhanden.

Das bedeutet aber nicht, dass es in der Schweiz gar keinen Nährboden für eine faschistische Bewegung gebe. Erstens haben die allgemeinen Gründe, die zur faschistischen Reaktion geführt haben, auch bei uns Geltung. Das trifft namentlich zu in bezug auf die Veränderung der sozialen Struktur der Bevölkerung, der nicht eine entsprechende politische und wirtschaftliche Interessengruppierung gefolgt ist. Und zweitens ist es ganz klar, dass die Vorgänge in den umliegenden Staaten nicht ohne starke Rück-

wirkungen auf die Schweiz bleiben konnten. Das gilt gegenwärtig ganz besonders für die deutsche Schweiz, die bisher so eng mit dem Geistesleben und der Kulturarbeit Deutschlands verbunden war.

Die soziale Schichtung der Bevölkerung.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1920 (für 1930 ist die berufliche Gliederung leider noch nicht publiziert worden) setzen sich die Erwerbstätigen in der Schweiz folgendermassen zusammen:

Soziale Schichtung nach Gruppen des Erwerbszweiges 1920.

	Selbständige Berufstätige	Direktoren und leitende techn. Beamte	Untere technische Beamte und übrige untere Angestellte	Arbeiter und Hilfsarbeiter	Gewerbl., kaufm. und Bureaulehrlinge	Total Erwerbende
A. Landwirtschaft . . .	212,670	729	2,973	270,527	1,803	488,702
B. Industrie	171,564	9,046	64,453	518,326	57,951	821,340
C. Handel	62,287	6,964	77,222	60,831	9,848	217,151
D. Verkehr	3,896	1,929	25,241	58,118	2,113	91,297
E. Oeffentliche Verwaltung, Rechtspflege, Wissenschaft, Kunst	19,326	15,393	51,001	11,453	1,722	98,895
F. Anstalten (m. Internat)	458	4,253	5,143	25,681	734	36,269
G. Pers. Dienstleistungen	243	14	237	24,677	21	25,192
Total	470,444	38,328	226,270	969,613	74,192	1,778,847
in Prozent	26	2	13	55	4	100

55 Prozent der Erwerbstätigen gehören somit dem Arbeiterstande an. Mit den Angestellten und Beamten zusammen sind es sogar 68 Prozent. Freilich sind die in der Landwirtschaft Tätigen, die zum Grossteil Familienglieder von selbständig Erwerbenden sind, in Abzug zu bringen, ebenso jene 25,000, die in persönlichen Diensten stehen (Dienstmädchen). Diese kommen für eine Erfassung durch die Arbeiterorganisationen nicht in Betracht. Es bleiben aber auch dann noch, ohne die Lehrlinge, rund 900,000 Arbeiter, Angestellte, Beamte, von denen nur ein Teil zur organisierten Arbeiterschaft gestossen ist. Die Mehrheit hat noch nicht erfasst, dass sie ihre Arbeitsinteressen wahren muss durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss. Ein Teil von ihnen profitiert allerdings von den Vorteilen der Organisationen, die sie durch ihr Abseitsstehen schädigen. Grosse Schichten leiden aber auch sehr stark darunter, dass sie isoliert dastehen und der Willkür der wirtschaftlich Stärkern sozusagen schutzlos preisgegeben sind. Politisch bekennt sich ein knapper Drittel zur Arbeiterbewegung. Ein grosser Teil verhält sich entweder indifferent oder unterstützt politische Vertreter, die in Wirklichkeit die Kapitalinteressen wahren.

Welche Schichten bilden nun das eigentliche Rekrutierungsgebiet der Fronten? In erster Linie sind es wohl eher selbständig Erwerbende, die aber durch die kapitalistische Entwicklung in eine wirtschaftliche und soziale Lage gedrängt wurden, die von derjenigen des Industrieproletariats sehr wenig verschieden ist. Von den 470,000 selbständig Erwerbenden sind 170,000 in Industrie und Gewerbe tätig. Darunter werden aber mehrere Zehntausend sein, die nur formell selbständig sind, in Wirklichkeit aber sich in Abhängigkeit vom Kapitalismus oder von der Grossindustrie befinden. Das Gleiche gilt auch von einem Grossteil der über 200,000 Landwirte. Diese Leute, die teilweise bisher zu wenig zur Geltung kamen, erwarten von einer Erneuerung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Rettung ihrer bedrohten oder schon lange nicht mehr vorhandenen Selbständigkeit. Daneben sind es zweifellos auch grosse Kreise von nicht organisierten Angestellten, Beamten und Arbeitern, die auf die Schlagworte der Erneuerer der Schweiz hereinfallen.

Es ist für den Kampf gegen die Reaktion, die von den Fronten gefordert wird, ausserordentlich wichtig, sich diese Tatsachen vor Augen zu halten, denn die Entscheidung in diesem Kampf hängt davon ab, wer diese bisher indifferenten und nirgends organisierten Erwerbstätigen gewinnen kann.

Die geistigen Einflüsse.

Die reaktionäre Welle, die auf die soziale Spannung der Jahre 1917/20 folgen musste, haben wir in der Schweiz eigentlich in der letzten Krise schon erlebt in den Jahren 1921 bis 1924. Was gegenwärtig sich abspielt, ist eine zweite, bedeutend stärkere Welle der Reaktion, die vor allem internationalen Ursprung hat. Ihre Ursachen sind im letzten Artikel der « Rundschau » dargelegt worden.

Dass diese faschistisch-nationalsozialistische Reaktion in der Schweiz so grosse Wirkungen zeigt, hängt damit zusammen, dass die deutsche Schweiz aufs engste verbunden ist mit dem deutschen Geistesleben. Man denke nur daran, dass die deutschsprachige Literatur zu einem ganz überwiegenden Teil aus Deutschland kommt, dass die Presse in hohem Masse beeinflusst wird aus Deutschland, im Nachrichtenteil, im Feuilleton usw. In neuerer Zeit gesellte sich noch die starke propagandistische Wirkung von Film und Radio dazu. Deutschland produziert seit längerer Zeit überwiegend Filme mit nationalistischer und militaristischer Tendenz. Welche Verheerung der Rundfunk in den letzten Monaten angerichtet hat, wird jedermann klar, der die nationalsozialistische Propaganda über die deutschen Sender gelegentlich mitangehört hat. Glücklicherweise sind diesem Einfluss Grenzen gesteckt. Der gesunde Instinkt des Schweizervolkes, namentlich der ländlichen Bevölkerung, lehnt sich auf gegen das ausländische Gewächs, dessen innere Hohlheit erkannt wird. Immerhin ist fest-

zustellen, dass die deutsche Schweiz viel weniger Widerstandskraft beweist, als der Tessin gegenüber dem faschistischen Italien aufgebracht hat. Wir können ja erst jetzt recht ermessen, welch glänzender Kampf der Tessin in den letzten Jahren um seine geistige Unabhängigkeit geführt hat und erfolgreich geführt hat, obschon dieser Landesteil ja sehr stark isoliert ist.

Dass auch die psychologischen Faktoren, die im ersten allgemeinen Artikel erwähnt wurden, eine grosse Rolle spielen in der Frontenbewegung, wird jedermann offenkundig, der diese Bewegung etwas näher studiert. Fast von jedem Frontenführer kann psychologisch leicht erklärt werden, weshalb er sich dort an die Spitze stellt. Der eine hat ein krankhaftes Geltungsbedürfnis, das bisher nirgends befriedigt werden konnte, und er ist überglücklich, dass er nach jedem Vortrag in der gesamten Schweizer Presse seinen Namen lesen kann. Ein anderer sucht seinen Hass gegen die Arbeiterbewegung abzureagieren, ein Hass, der in einzelnen Fällen sicher auf persönliche Angriffe zurückzuführen ist. Auf diese Weise wird auch die Hemmungslosigkeit erklärlich, mit der diese Frontenredner auftreten.

Was wollen die Fronten?

Man kann sich den Kampf gegen die Fronten leicht machen, indem man sie mit Spott und Hohn behandelt und lächerlich macht. Damit sind sie aber noch nicht erledigt und sind vor allem die Massen, die ihnen nachlaufen, nicht zu überzeugen. Wir müssen diese Bewegung ernst nehmen und sie genau verfolgen.

Vorläufig herrscht noch ein grosser Wirrwarr innerhalb der Frontenbewegung. Es ist durchaus keine einheitliche Richtung da. Wir wollen deshalb die einzelnen Gruppen kurz skizzieren, schon auch um der Nachwelt etwas zu erhalten von dem geistigen Chaos, das im Jahre des Heils 1933 in der Schweiz in so vielen Köpfen so grosses Unheil anrichten konnte.

Die Eidgenössische Front

hat ausgesprochen reaktionären Charakter. Das wird schon klar durch die Tatsache, dass das « Berner Tagblatt », eines der traurigsten Hetzblätter, dahintersteht. Die Eidgenössische Front hat ihre Visitenkarte abgegeben vor anderthalb Jahren, als die Alters- und Hinterlassenenversicherung verwirklicht werden sollte. Da wurde von diesen Eidgenossen mit schändlicher Demagogie gegen jenes grosse soziale Werk angekämpft unter der Devise: « Gegen den Staatssozialismus ». Und tatsächlich haben diese Leute das traurige Verdienst, die « Lex Schulthess », wie sie sie nannten, torpediert zu haben. Die Eidgenössische Front ist föderalistisch. Sie gibt vor, auf christlichem Boden zu stehen, und kämpft gegen die neutrale Schule. Sie bekämpft nicht nur den Marxismus, sondern auch den Liberalismus und möchte die Entwicklung hinter die Französische Revolution von 1789 zurückdrängen.

Die Neue Front

wurde gebildet durch eine Gruppe von Intellektuellen. Ein Literat, Dr. Paul Lang, liefert ihr das geistige Rüstzeug. Ihrer Zusammensetzung entsprechend schwärmt sie für Geistesaristokratie. Die «Persönlichkeit» soll wieder mehr zur Geltung kommen und das «Verantwortlichkeitsgefühl» müsse gestärkt werden. Dementsprechend bezweckt die Neue Front eine Stärkung der Regierung, der Exekutive, anderseits eine Schwächung der Stellung des Parlaments und eine Beschränkung der Volksrechte. Ein Landammann soll an die Spitze der Schweiz gestellt werden durch Volkswahl. Ihm will man aber direkt diktatorische Vollmachten geben. Unter anderem soll er entscheiden können, in welchem Falle das Referendumsrecht einzuräumen sei. Ein einzelner soll also darüber verfügen, ob das Volk noch etwas zu sagen habe oder nicht. Diese Intellektuellen glauben offenbar, es sei möglich, den Besten an die Spitze zu stellen. Sie sind sich nicht bewusst, dass gerade auf diesem Wege das schändlichste Intrigenspiel gefördert würde, das viel gefährlicher wäre als die Unvollkommenheit der heutigen Parteien.

Die Nationale Front

zieht ihre Forderungen viel populärer auf. Ihr Sprachrohr, «Der Eiserne Besen», betreibt neben der antimarxistischen, vor allem auch antisemitische Hetze. Interessant ist das Wirtschaftsprogramm der Nationalen Front. Es richtet sich gegen den Kapitalismus, gegen die liberale Wirtschaft, gegen das Grosskapital. Verlangt werden: Bankenkontrolle, Spekulationsverbot, Zinsreduktion, Beschränkung der Tantièmen, ja es wird sogar das Recht auf Arbeit proklamiert. In Konsequenz dieser Einstellung hat sich die Nationale Front bekanntlich gegen das eidgenössische Lohnabbaugesetz ausgesprochen. Man darf also ruhig sagen, diese Front hat ihr ganzes Wirtschaftsprogramm von der Arbeiterbewegung übernommen. Das hindert sie nicht, die Arbeiterorganisationen, die jahrzehntelang für diese Forderungen kämpften und auch grosse, praktische Erfolge für die Arbeiterschaft errungen haben, bevor das einem dieser Nationalfröntler in den Sinn kam, aufs schärfste zu bekämpfen. Sie wollen, wie sie erklären, «die Gewerkschaften den Bonzen aus den Händen nehmen und auf nationalen Boden stellen».

Die Nationale Front und die Neue Front haben sich übrigens zu einem gemeinsamen Kampfbund zusammengeschlossen.

Die Nationalsozialisten

fehlen ebenfalls nicht im Frontenreigen. Es hat sich eine Nationalsozialistische eidgenössische Arbeiterpartei gebildet, die alles konsequent nachäfft, was Hitler in Deutschland vorgemacht hat, vom Hakenkreuz bis zu den Phrasen. Der Katechismus dieser Nationalsozialisten ist sehr armselig; sie teilen die Bewohner der Schweiz

ein in: Jüdisch-Schweizer, Marxistisch-Schweizer, Liberal-Schweizer und bezeichnen sich selbst stolz als « Eidgenossen ». Das einzig Originelle an dieser Bewegung ist das Bekenntnis zur Demokratie, das jedoch vermutlich nur so lange gilt, als etwas anderes keine Aussicht auf Erfolg hat.

Die Schweizer Heimatwehr

hat mittelständischen Charakter mit starker Betonung der landwirtschaftlichen Forderungen. Sie hat denn auch vorwiegend in bäuerlichen Kreisen des Kantons Bern Anhang gefunden. Ihr Organ ist « Das Schweizerbanner ». Sie kämpft gegen Judentum, Freimaurerei und internationale Hochfinanz und erstrebt die Errichtung eines Ständestaates, um dem Klassenkampf ein Ende zu machen. An praktischen Forderungen hat sich die Heimatwehr vor allem für eine Zinsreduktion und ein Moratorium für gefährdete landwirtschaftliche Betriebe eingesetzt. Für den Fall, dass diese Forderungen nicht erfüllt werden, wurde der Steuerstreik angekündigt, der jedoch, trotzdem die angesetzte Frist schon vor einem halben Jahr abgelaufen war, nicht ausgelöst wurde.

Die Neue Schweiz

ist ebenfalls eine Mittelstandsbewegung, die aber vorwiegend in gewerblichen Kreisen ihren Anhang findet. Das Privateigentum soll aufrechterhalten werden, jedoch « aus sozialen Gründen » in Bewegung gesetzt werden. (Ob die geistigen Väter wohl wissen, was das heissen soll?) Eine wirtschaftliche Organisation in der Richtung eines berufsständischen Aufbaues auf den bestehenden Wirtschaftsorganisationen wird auch von dieser Gruppe erstrebt. Aber auch da der Geist vollständiger Intoleranz: « Der Arbeiter muss vom Ungeist des Marxismus wieder befreit und zur nationalen Verantwortung herangezogen werden. » Konkret an dieser Bewegung ist ihr erbitterter Kampf gegen die Konkurrenten der Gewerbetreibenden und Kleindetaillisten: Warenhäuser, Epa, Migros und natürlich auch, wenn das auch nicht offen zugestanden wird, die Konsumgenossenschaften.

Die Welsche Schweiz

hat einige besondere Blüten hervorgebracht. Da ist einmal der Bund « Ordre et Tradition », der ebenfalls schon die Revolution von 1789 rückgängig machen möchte. Im übrigen ist er ein typisches Waadtländer Gewächs, föderalistisch bis auf die Knochen, wollen doch diese Waadtländer einzig den Kanton als ihr Vaterland betrachten.

Dass die Union Nationale in Genf unter der « geistigen » Leitung eines Georges Oltramare erzreaktionär ist, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Natürlich ist sie auch erzföderalistisch und führt den schärfsten Kampf gegen die Arbeiterbewegung.

Das Aufgebot.

Natürlich fehlt auch eine besondere katholische Front nicht, hat es doch die katholisch-konservative Bewegung immer verstanden, sich jeder politischen und sozialen Welle anzupassen, um ihren Einfluss zu wahren. Dr. Jakob Lorenz hat sich von der « Staatskrippe » des Bundes losgerissen, wie er bekennt, und als Redaktor des « Aufgebot » zur Verfügung gestellt. Er will vor allem den Korporationengedanken in einer von der faschistischen etwas verschiedenen Färbung vertreten und die christlichsozialen Gewerkschaften heranziehen. In der welschen Schweiz bestehen bereits solche Korporationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei denen die Christlichen mitmachen.

Der Bund für Volk und Heimat

ist das jüngste Gebilde, aber auch das gefährlichste. Hier sind keine Wirrköpfe an der Arbeit, die vielleicht von ehrlichem Streben nach etwas Neuem durchdrungen sind, aber nicht wissen, was sie eigentlich wollen. Hier handelt es sich um eine Bewegung, die ganz genau weiss, was sie will und die auch über die nötigen Mittel verfügt. Dieser Bund will nicht als Sprengpulver wirken in den bürgerlichen Parteien wie verschiedene andere Fronten, sondern er will alle Kräfte der Reaktion, gleichgültig in welcher Partei und Wirtschaftsgruppe sie zu finden sind, sammeln zu einer reaktionären Einheitsfront. Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses sagt genug: Einige hohe Offiziere, hinter denen alle Offiziersgesellschaften, Unteroffiziersgesellschaften, Kavallerievereine und was es sonst noch etwa gibt, stehen werden; die reaktionärsten Bauernführer, die die politische und wohl auch wirtschaftliche Bauernbewegung mitreissen möchten; die reaktionärsten Kreise des Protestantismus; dann die Grossindustrie und die Mittelpresse, die bekanntlich die besten Beziehungen zum Grosskapital unterhält und zweifellos für die nötigen Finanzen sorgen wird.

« Der Bund will sich auf demokratisch-föderativen Boden stellen und die Erneuerung der vaterländischen Gesinnung durch Pflanzung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Solidarität aller Eidgenossen und disziplinierte Ausübung der Bürgerpflichten erreichen. Er ist Gegner des Marxismus und des Klassenkampfes und verlangt die Interessengemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. »

Der Bund will vorgehen gegen den « Missbrauch » der volksstaatlichen Freiheiten, insbesondere gegen den Missbrauch des Asylrechtes und der Presse- und Redefreiheit. Er fordert Massnahmen gegen die Beamtendiktatur und ein Verbot der Zugehörigkeit von Angehörigen der Behörden und Verwaltungen zu staatsgefährlichen Organisationen. Als nächste Kampfziele werden genannt: 1. Die Vorbereitung und Lancierung einer Volksinitiative

zur Sanierung und Entpolitisierung der öffentlichen Betriebe, vor allem der S. B. B.; 2. eine umfassende Aktion gegen den Kulturbolschewismus, insbesondere gegen die organisierte Gottlosenbewegung; 3. die Bindung des passiven Wahlrechts an das Bekenntnis zur Landesverteidigung.

Also keine einzige positive Forderung, sondern alles geht aus auf den Abbau der demokratischen Rechte und sicher nachher auch einen Abbau der Sozialpolitik. Der Bund für Volk und Heimat wird die Rolle einer Auffangorganisation für alle reaktionären Bewegungen spielen und versuchen, die ganze Frontbewegung einzufangen und sie für die Interessen des Grosskapitals auszunützen.

Die Ziele der Fronten

gehen, wie aus der vorliegenden kurzen Darstellung ersichtlich ist, weit auseinander; besonders auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind fast alle denkbaren Auffassungen vertreten, mit Ausnahme der ausgesprochen sozialistischen. Im allgemeinen sind die Fronten in ihrer wirtschaftlichen Einstellung antikapitalistisch orientiert, aber meist nur in Worten und Ideologie. Konkrete antikapitalistische Forderungen sind bei den wenigsten Gruppen zu finden. Am ehrlichsten sind wohl jene, die überhaupt nichts sagen über die Wirtschaftspolitik, womit sie die den Interessen der kapitalistischen Klasse entsprechende Richtung stillschweigend billigen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Haltung der Fronten zur Sozialpolitik. Einige geben sich als arbeiterfreundlich aus, ohne jedoch das auch durch reale Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Bei den meisten überwiegt die mittelständische Einstellung und es werden vor allem Postulate verfochten zur Erhaltung und für weitgehenden Schutz der selbständigen Existenzen in Gewerbe und Landwirtschaft.

Politisch kommen sich die verschiedenen Fronten bedeutend näher. Hier sind sie vollkommen einig im Kampf gegen den Marxismus, wobei wohl kaum einer der Frontenführer — von den Massen gar nicht zu reden — klar weiss, was Marxismus bedeutet. Einig sind sie jedoch auch darin, dass sie den Kampf in erster Linie gegen die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung führen wollen. In diesem Kampf zeigen sie die schroffste Intoleranz. Sie können in ihrem Fanatismus keine gegnerische Auffassung achten und sich loyal und sachlich mit ihr auseinandersetzen. Daher ist ihr demokratisches Lippenbekenntnis, soweit sie ein solches überhaupt ablegen, völlig wertlos. Mit Gewalt wollen sie die gegnerischen Meinungen, die ihnen nicht passen, unterdrücken und ausrotten. Das bedeutet aber Beseitigung der demokratischen Freiheiten und Beseitigung aller Errungenschaften, die die Menschheit dem geistigen Liberalismus zu verdanken hat. Beseitigung der demokratischen Freiheits-

rechte bedeutet aber auch Beseitigung der Demokratie überhaupt, denn nur in freier Diskussion und bei Anerkennung der Freiheit in weltanschaulichen Auffassungen kann die Demokratie überhaupt existieren. Einzelne Gruppen verfolgen denn auch konsequent antidemokratische Ziele und schielen, vorläufig noch versteckt, nach der Diktatur. Jedenfalls wollen sie nur eine Demokratie, in der sie herrschen und der Gegner, nämlich die Arbeiterbewegung, vernichtet oder zum mindesten geknebelt wird.

Es kann also kein Zweifel darüber herrschen, dass alle Fronten, trotz einzelnen radikal scheinenden Forderungen und Theorien, effektiv politisch vollkommen reaktionär wirken. Ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen sind meist nur ein Aushängeschild, mit dem sie die Arbeiterschaft oder die Angestellten oder den Mittelstand fangen wollen. Was davon verwirklicht wird, sind bestenfalls einige Postulate gegen Warenhäuser usw. Irgendein sozialpolitischer Fortschritt ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil, einzelne Fronten, besonders der « Bund für Volk und Heimat », verlangen schon offen den Abbau der heutigen Sozialpolitik.

Die Entwicklung spielt sich im Prinzip ganz gleich ab wie in Italien und in Deutschland. Vorläufig können die Fronten das grosse Wort führen in der Oeffentlichkeit. Grossindustrie und Grosskapitalismus verhalten sich dagegen still im Hintergrund; sie sorgen aber dafür, dass die antikapitalistischen Tendenzen blosse Tendenzen bleiben und ihnen nicht gefährlich werden können. Dagegen unterstützen sie die Fronten in ihrem Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Würde es den Fronten gelingen, diese ernstlich zu schwächen, so wären die kapitalistischen Mächte sofort da, um nachher zu ernten, was ihnen die Fronten vorbereitet haben. Die ganze Bewegung ist daher letzten Endes nicht nur formal-politisch, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch reaktionär.

Unser Kampf gegen die Fronten.

Die Arbeiterschaft muss sich klar sein, dass sie weder mit Pfefferdüten, noch mit Sprengen von Versammlungen, noch mit Stahlruten oder Patronen den Faschismus und die Reaktion wirksam bekämpfen kann. Das sind im Gegenteil ja die Kampfmittel der Fronten, die einen geistigen Kampf weder führen wollen noch führen können. Sie werden deshalb alles tun, um die Auseinandersetzung auf jenen Boden der Gewaltanwendung zu bringen, wo sie Sieger zu bleiben hoffen. Und wenn sie selbst nicht obenauf schwimmen würden, so ist doch ganz sicher, dass die politische Reaktion mit einem Militärregiment in diesem Kampf der Sieger sein würde.

Die Arbeiterbewegung muss den Kampf in geistiger Auseinandersetzung führen. Sie muss durch Aufklärung dahin wirken, dass die Phrasen der Frontenbewegung und ihre ganze Hohlheit

offenbar werden. Das kann vor allem dadurch geschehen, dass Sachfragen in den Vordergrund der Diskussion im Volke draussen und in den Mittelpunkt unserer Agitationsarbeit gestellt werden. Es hat keinen Sinn, über Schlagworte zu debattieren, denen jedermann einen andern Sinn gibt, ja die für die meisten überhaupt keinen Sinn haben. An Hand unserer klaren Forderungen müssen wir zeigen, wer in Wirklichkeit für den Schutz und die Rechte der Arbeit kämpft, die Fronten oder die Arbeiterbewegung. An Forderungen, für die wir schon lange eintreten, fehlt es ja keineswegs. Es sei nur erinnert an das umfassende Krisenprogramm der Gewerkschaften, um das der Kampf weitergehen wird, sowohl in bezug auf Lohnabbau als auf Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsbeschaffung, Krisensteuer. Es sei erinnert an das Minimalprogramm des Gewerkschaftsbundes, das ein umfassendes Programm von Forderungen zum Schutze der Arbeiterschaft enthält, ferner an eine Reihe von aktuellen Gegenwartsforderungen, die im Interesse der Volksgesamtheit liegen, wie Bankenkontrolle, Kontrolle des Kapitalexports usw. Auf diesen Boden müssen wir den Kampf zu ziehen suchen. Der 28. Mai hat gezeigt, dass in solchen Fragen die Interessen breiter Volkskreise, die politisch vielleicht mit der Reaktion gehen, parallel laufen mit denen der Arbeiterbewegung. Die reaktionären Fronten wissen das auch ganz genau, darum suchen sie die Auseinandersetzung von diesen Sachfragen abzulenken und auf politische Schlagworte zu konzentrieren.

Das alles ist aber nur durchführbar, wenn und solange die Demokratie besteht, welche diese Aufklärungsarbeit möglich macht. In den Richtlinien des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, die wir an der Spitze dieses Heftes publizieren, wird deshalb auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Gewerkschaften ein Lebensinteresse haben an der Aufrechterhaltung des demokratischen Kampfbodens. Sie treten grundsätzlich für die Demokratie ein, weil die Gewerkschaft selbst ja nur als demokratische Institution ihre Aufgabe erfüllen kann.

Aus allen diesen Gründen setzen die Gewerkschaften ihre ganze Energie ein im Kampfe für die Aufrechterhaltung der Demokratie und fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, sie hierin zu unterstützen.

Wird die Schweiz dem Faschismus erliegen?

Wenn man unter Faschismus ein Diktaturregime versteht wie in Italien, Deutschland oder Russland oder auch ein diktaturähnliches Gebilde wie etwa in den Balkanstaaten, so glaube ich nicht, dass die Schweiz dieses Schicksal erleben wird. Für diese Auffassung sprechen folgende Gründe:

Dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen zum grössten Teil nicht vorhanden sind, wurde bereits erwähnt. Die Not ist noch nicht derart gross, dass breite Massen gar nichts mehr zu verlieren

hätten und sich daher einer Abenteurerpolitik ohne weiteres in die Arme werfen würden. Sodann ist der Föderalismus der Schweiz ein sehr starkes Hemmnis. Eine Diktatur hat immer zentralistische Tendenz, weil sie nur so ihre Macht erhalten kann. Sie wird daher im Föderalismus ihren natürlichen Gegner finden. Ueber diese staatsrechtlichen und psychologischen Hindernisse wird man in der Schweiz nicht so leicht hinwegschreiten können, wie das in Deutschland der Fall war. Ferner ist die Schweiz in drei verschiedene Sprach- und Kulturgebiete getrennt und das ganze geistige Leben ist stark dezentralisiert. Diese Traditionen gründen sich auf eine jahrhundertelange Entwicklung und werden eine Politik der Gleichschaltung wahrscheinlich verhindern.

Damit ist nicht gesagt, dass die faschistische Welle fast spurlos über die Schweiz hinweggehen werde. Es ist dagegen anzunehmen, dass sie in der Schweiz sich in besondern Formen geltend machen wird, und zwar am wahrscheinlichsten als eine starke Bewegung der Reaktion. Diese Reaktion hat auf politischem Gebiet sich bereits in verschiedenen Fragen ausgewirkt (z. B. Immunität Nicoles, Satus-Subvention). Nun bedeutet das für die Arbeiterbewegung noch keine materielle Niederlage, wenn die politische Reaktion in dieser oder jener Frage einen Triumph feiert. Es gilt jedoch, mit allen Mitteln einen Uebergriff der Reaktion auf die Sozialpolitik abzuwehren. Das ist zweifellos möglich, wenn die gesamte Arbeiterbewegung einerseits straffe Disziplin hält und anderseits eine intensive Aufklärungskampagne führt, um jene Volksschichten, die unsern Organisationen fernstehen, aber im Grunde dieselben Forderungen und Rechte zu vertreten haben wie die organisierte Arbeiterschaft, für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen.

Es ist somit kein Anlass, beunruhigt und nervös zu werden. Die Gewerkschaften werden sich durch das laute Geschrei des Frontenrummels nicht beirren lassen, sondern unentwegt und entschlossen ihren Weg gehen. Durch systematische und zielbewusste Arbeit im Sinne ihrer Richtlinien werden sie dafür sorgen, dass die Reaktion durch die Front der Arbeit gebrochen wird.

Nach der Wende der Weltwirtschaftskonjunktur.

Von Wl. Woytinsky.

Die Besprechungen in Washington haben neue Grundlagen für die internationale Behandlung der wirtschaftspolitischen Probleme geschaffen. Es scheint, dass diesmal die weltwirtschaftlichen Verhandlungen in London sich nicht allein auf die Wiederholung von Binsenwahrheiten, wie Aufforderungen zum gegenseitigen Vertrauen der Völker, zum allgemeinen Frieden, zur militärischen und